



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 26. Oktober 2010

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 26. Oktober 2010**

I. Zur Lage

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor einem Jahr haben Union und FDP die Regierungsverantwortung übernommen. **Ein Jahr Schwarz-Gelb**, das ist ein Jahr der verpassten Chancen und ein verlorenes Jahr für Deutschland.

Wer in diesen Tagen auf das Land schaut, reibt sich doch die Augen: Der Aufschwung 2010 mit mehr als drei Prozent Wachstum und sinkender Arbeitslosigkeit, die im Oktober unter drei Millionen liegt, könnte uns Mut machen. Kaum jemals wurde eindrucksvoller unter Beweis gestellt, dass Reformen sich lohnen und entschiedene Anti-Krisen-Politik etwas bewirkt. Kaum je wurden die Sozialpartner in ihrem Kurs derart bestätigt und das Modell Deutschland international derart rehabilitiert. Jetzt haben wir die reale Chance, die wirklich wichtigen Fragen aufzugreifen. Vollbeschäftigung in den kommenden Jahren ist möglich, und auch wer 2009 noch daran zweifelte, widerspricht nicht mehr. Gleiche Bildungschancen sind machbar, wenn wir nur wollen und die föderale Gemeinschaftsanstrengung hinbekommen. Durch Arbeit und Bildung können wir Emanzipation und Integration unserer



Gesellschaft ermöglichen. Wir können eine Gesellschaft des längeren Lebens jetzt gestalten, ohne dass wir innovative Dynamik verlieren und immer tiefere Risse das Land in Gewinner und Verlierer spalten. Wir können eine Gesellschaft des Respekts und der Anerkennung für Frauen und Männer, im Beruf und in der Familie gestalten. Eine Gesellschaft, die an ihre eigene Zukunft glaubt und dabei nicht argwöhnisch unterscheidet, wo jemand herkommt, sondern selbstbewusst danach fragt, wo wir gemeinsam ankommen wollen.

Nicht zuletzt ist die Energiewende greifbar nah, für die Hermann Scheer so leidenschaftlich gekämpft hat. Hermanns Tod ist ein schmerzhafter und unersetzlicher Verlust. Aber sein politisches Leben ist eine Verpflichtung, die wir als seine Fraktion annehmen. Denn mit ihm waren und sind wir der Überzeugung: Ein neues Wachstumsmodell ist möglich geworden, eine neue Art zu wirtschaften und in Wohlstand zu leben, ohne die Exzesse eines enthemmten Finanzkapitalismus hinzunehmen, ohne den Planeten zu plündern und ohne die internationalen Verteilungskonflikte anzuzünden. Wir können es besser machen.

Für diese wirklich wichtigen Ziele haben wir jetzt Handlungsspielraum. Und doch erleben wir ein Land, das verunsichert, eine Gesellschaft, die zerrüttet, eine Regierung, die nicht einmal ihrer eigenen Autorität sicher ist und der es elementar an Orientierung fehlt. Das Vertrauen in die Politik ist beschädigt, denn immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass die Regierung nur noch Lobbygruppen bedient, Bürgerinnen und Bürger belastet und das Gemeinwohl aus dem Blick verliert. Viele spüren es: Deutschland ist an einer Wegscheide. Das Fundament unserer Demokratie wird unterspült, wenn das Vertrauen noch weiter erodiert, dass Menschen in politischer Verantwortung Probleme lösen können. Der Zusammenhalt droht wegzubrechen, wenn jeder das tut, was die Regierung vormacht, und nur noch auf eigene Rechnung kämpft.



Warum ist der Vorwurf der Klientelpolitik, den Angela Merkel im vergangenen Jahr zu Recht auf sich gezogen hat, so verheerend? Weil er den Eindruck zur Gewissheit werden lässt, dass diese Gesellschaft gespalten ist in Interessengruppen. Weil eine Koalition, die nur noch die stärksten dieser Gruppen bedient, das grundlegende Gerechtigkeitsgefühl verletzt und die Entfremdung zwischen den Parteien und der Gesellschaft beschleunigt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen höhere Abgaben zahlen, Arbeitslosen werden nicht nur Rentenbeiträge, sondern auch Vermittlungsleistungen gekürzt. Die Regierung entzieht den Kommunen und vor allem den sozialen Brennpunkten die Unterstützung, in denen Integration sich bewähren und von einer billigen Parole zur harten Praxis werden muss. Das Wahlversprechen von „mehr Netto“ stellt sich für die große Mehrheit, die jeden Tag zur Arbeit geht, beinahe täglich neu als Lüge heraus. Diese Menschen fühlen sich verhöhnt, wenn sie sehen, was Hoteliers, Pharma- oder Energiekonzerne an Privilegien und Vergünstigungen einstreichen.

Mit der Aufkündigung des Atomkonsenses will Angela Merkel in dieser Woche einen mühsam befriedeten Konflikt neu aufreißen. Neue Gräben werden ausgehoben, Feindbilder werden angeheizt. Die Konfrontationen nehmen zu. Das betrifft auch die großen Infrastrukturprojekte im Land. Schwarz-Gelb macht es sich zu einfach, besorgte Bürger zu beschimpfen. Die Arroganz der Macht ist kein guter Ratgeber. Protest gegen alles und ohne Alternative wiederum führt uns erkennbar in die Sackgasse. Der innere Frieden steht auf dem Spiel. Auf dem Spiel stehen viele Projekte, bei denen es um das Wachstum und die Arbeit von morgen geht. Wir brauchen einen Konsens über die strategische Infrastruktur in Deutschland – nicht nur für die Bahn, für die Flughäfen, auch für neue Kraftwerke und Stromnetze. Die SPD steht dabei mancherorts Mal zwischen den Lagern. Das ist keine Schande, denn wir stellen die Vernunft gegen die Extreme und die Extremen in Politik und Gesellschaft. Als Partei der Mitte haben wir das oft getan. Denn wir wollen Lösungen und Ergebnisse, die Bestand haben.



Die schwarz-gelbe Koalition ist groß im Selbstlob, aber ziemlich klein bei den Zukunftsentwürfen. Unsere Chancen zum Aufbruch schrumpfen, wenn das politische Klima weiter vergiftet wird. Ich bin fest überzeugt davon: Keine Gesellschaft kommt ohne einen aufgeklärten Patriotismus aus. Wir müssen uns wieder zutrauen, die größeren Ziele gemeinsam zu erreichen. Wir müssen der Mentalität der Egospieler und Trittbrettfahrer etwas entgegensetzen. Die gibt es sehr wohl auch am oberen Ende der Gesellschaft, wo die Steuerflüchtigen den Ton angeben. Schwarz-Gelb erleichtert diesen Leuten noch das Geschäft, wenn Steuerprivilegien an Unternehmen gewährt werden, die Gewinne ins Ausland verlagern, aber Verluste in Deutschland geltend machen. Auch am unteren Ende wird die Gesellschaft brüchig, wenn Schwarz-Gelb durch Niedriglöhne und Kopfpauschale immer mehr Menschen in die entwürdigende Situation von Bittstellern und Taschengeldempfängern am Tropf des Sozialstaates drängt.

Unsere entscheidende Aufgabe ist es, die Mitte unserer Gesellschaft wieder breiter und stärker zu machen. Die Mitte trägt unser Land. Sie hält die Gesellschaft zusammen. Sie tut es durch Bildungsanstrengungen, durch Sorge um ihre Kinder, durch Solidarität in Familie und Kommune, durch harte Arbeit, um aus der Abhängigkeit herauszukommen. Emanzipation durch Bildung und Arbeit – das stärkt den Bürgersinn und die Demokratie.

Die Koalition hat es in einem Jahr nicht vermocht, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Sie ist in sich selbst zerrüttet und kann die Gesellschaft nicht einen. Sie ist schwach und kann Deutschland auch nach außen nicht stark vertreten. In dieser Woche beraten wir im Bundstag über die bevorstehenden **Gipfel der EU und der G20**. Angela Merkel hat schon im Frühjahr bei der Euro-Krise mit falschen Karten gespielt. Sie hat Probleme geleugnet, das gemeinsame Handeln verschleppt und das deutsche Ansehen schwer beschädigt. Sie hat Europapolitik mit großen Ankündigungen gemacht, nur um feststellen zu müssen, dass die Partner ohne Deutschland handeln. Gelernt hat sie aus diesem Debakel nicht. Vor dem jetzigen EU-Gipfeltreffen, auf dem es um die



Reform des Stabilitätspaktes geht, hat die Bundesregierung sich wieder mit unrealistischen und einseitigen Sanktionsforderungen exponiert, nur um kurz vor dem Gipfel einzuknicken und mit einem deutsch-französischen Alleingang die kleineren Partnerländer zu brüskieren. Wieder stehen wir vor einem europäischen Scherbenhaufen. Das treibt die Europäische Union gerade jetzt auseinander, wo wir maximale Einigkeit brauchen, um die Regulierung der Finanzmärkte voranzutreiben. Vertrauensverlust in Europa heißt Aktionsverlust bei den G20. Wie stellen wir sicher, dass die Verursacher der Finanzmarktkrise in Haftung genommen und an den Folgekosten beteiligt werden? Wie verbessern wir die Chancen auf die Durchsetzung einer internationalen Finanztransaktionssteuer? Mit einer Kanzlerin, die immer wieder abtaucht, und einem Finanzminister, der Erträge von zwei Milliarden Euro aus dieser Steuer schon in seinen Haushalt einstellt, aber hinten herum zugibt, er selbst halte nichts von dem Instrument, wird es keinen Fortschritt geben. Wir brauchen mehr Ehrlichkeit, mehr Mut, mehr Verantwortung – Verantwortung für Deutschland. Die amtierende Koalition kann es nicht.

Euer

gez. Dr. Frank-Walter Steinmeier

II. Zur Woche

Entschließungsantrag zum Europäischen Rat und zum G20-Gipfel

Die Finanzkrise hat zu einer schweren Belastungsprobe für die Währungsunion geführt. Das zögerliche Verhalten der Bundesregierung im Frühjahr 2010 gegenüber Griechenland führte zu einem drohenden Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der EU. Deutlich geworden ist, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner bisherigen Form nicht ausreicht, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und für die Zukunft verlässliche Krisenbewältigungsmechanismen und -instrumente zu installieren. Bundeskanzlerin Angela Merkel muss am Mittwoch erklären, wie sie die in der vergangenen Woche gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy getroffene Vereinbarung umsetzen will. Die Vereinbarung wurde getroffen, ohne die übrigen Partnerländer vorab hierüber zu informieren. Diese Aktion entspricht nicht nur einer Kehrtwendung der bisherigen Positionierung Deutschlands, sondern schwächt Deutschlands Rolle in der EU. Darüber hinaus soll zur rechtlichen Absicherung eine Änderung des Vertrags von Lissabon vorgenommen werden, die innerhalb der EU sehr umstritten ist. Der bevorstehende EU-Gipfel am Donnerstag dieser Woche steht unter Zeitdruck, weil der im Frühjahr von der EU und dem IWF aufgespannte Rettungsschirm im Jahr 2013 ausläuft. Die Bundesregierung muss ihre Vorstellungen für die Zeit nach 2013 darlegen. Wir fordern die Bundesregierung auf, Vorsorge zu treffen und einen Umschuldungsmechanismus zu entwickeln, um für überschuldete Staaten ein geordnetes und rasches Restrukturierungsverfahren zu ermöglichen. Die Gläubiger müssen an der Stabilisierung beteiligt werden. Die Bundesregierung soll auf ihre unsinnige Forderung nach einem temporären Entzug von Stimmrechten verzichten und eine sinnvolle Stärkung des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durchsetzen. Dazu zählen Maßnahmen, die verhindern, dass der Finanzsektor gegen Staaten spekulieren kann und Ratingagenturen das Schicksal von Anleihezinsen bestimmen können. Dazu gehören die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, das Verbot spekulativer Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen und die Regulierung des grauen Kapitalmarktes für Staatsschuldtitel.

Das Energiekonzept der Bundesregierung zurückziehen

Das Energiekonzept der Bundesregierung ist mangelhaft und unvollständig. Das Kernstück des Energiekonzepts ist die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Dabei fehlt insbesondere eine Konzeption zur Integration der Erneuerbaren Energien. Zudem verschieben die begleitenden Gesetze das Steueraufkommen von Ländern und Gemeinden zum Bund. Ferner trifft der Förderfondsvertrag Festlegungen, die dem Gesetzgeber obliegen. Das Energiekonzept und die begleitenden Gesetze werden im Eilverfahren durch den Bundestag gebracht und ohne Beteiligung des Bundesrates beschlossen. Das entspricht weder der historischen Bedeutung, die die Bundesregierung ihrem Konzept zuspricht, noch werden damit die Rechte der Länder im Bundesrat gewahrt. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Energiekonzept zurückzuziehen, von der beschleunigten Beratung im Deutschen Bundestag abzusehen und in eine der Bedeutung angemessene gründliche Debatte um ein ausgewogenes Energiekonzept für Deutschland einzutreten. Zum anderen fordern wir, dass nach der abgeschlossenen Debatte die auf dem Energiekonzept beruhenden Gesetzentwürfe unter Beachtung der Mitwirkungsrechte des Bundesrates in einem regulären Verfahren eingebracht werden.

Patientenschutz statt Lobbyismus - Keine Vorkasse für Ärzte

Die Bundesregierung plant eine drastische Ausweitung der Kostenerstattungsregelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Wer genug Geld im Portemonnaie hat, um seine Arztrechnung per Vorkasse zahlen zu können, wird in Zukunft bevorzugt behandelt werden. Das Resultat wird eine Drei-Klassen-Medizin sein, bei der Privatversicherte Patienten erster Klasse sein sollen, gefolgt von allen gesetzlich Krankenversicherten, die es sich leisten können, Vorkassen zu zahlen und Kostenerstattung zu wählen. Am Ende stehen dann die gesetzlich Krankenversicherten, die das geringste Honorar versprechen und deshalb z. B. mit längeren Wartezeiten rechnen müssen. Die geplanten Änderungen belasten nicht nur die Patientinnen und Patienten mit überhöhten Gebühren und Leistungen, die von den Kassen nicht ersetzt werden, sondern sie führen auch zu einem Bürokratieaufbau bei den Kassen und zu nicht abschätzbaren Mehrkosten, da

Wirtschaftlichkeitsprüfungen und andere Kontrollen zumindest erschwert werden. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, keine Ausweitung der Kostenerstattung in der gesetzlichen Krankenversicherung vorzunehmen und am Sachleistungsprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung festzuhalten.

Risiken von Altersarmut bekämpfen

Es ist ein Erfolg der Alterssicherungspolitik in Deutschland, dass das Risiko von Armut im Alter in Deutschland nicht überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist. Allerdings ist es nicht selbstverständlich, dass dies auch so bleibt. Die aktuell günstige Einkommenssituation im Alter beruht darauf, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Vergangenheit einerseits nur geringe Lücken bei der Einzahlung in die Rentenversicherung aufwiesen und andererseits nur selten von Niedrigeinkommen betroffen waren. Diese beiden stabilisierenden Faktoren sind in den letzten Jahrzehnten aber aufgeweicht worden. Es besteht die Gefahr für zukünftige Rentnerinnen und Rentner, dass bei ihnen das Risiko der Altersarmut steigt. So benennt die von der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Jahr 2007 veröffentlichte Studie „Altersvorsorge in Deutschland 2005“ ein besonderes Risiko im Fall der Arbeitslosigkeit: Rentenversicherte mit niedrigem Alterseinkommen weisen im Schnitt zwei- bis dreimal so häufig Zeiten der Arbeitslosigkeit auf wie Personen mit höherem Alterseinkommen. Arbeitslosigkeit und deren Auswirkungen auf die Lohnposition wird insbesondere in Ostdeutschland zu sinkenden Rentenzahlungsbeträgen führen, da die Verfestigung von Arbeitslosigkeit und der Anteil von Niedriglohnbeschäftigung hier besonders dramatisch ist. Hierauf müssen wir reagieren. Die schwarz-gelbe Koalition tut nichts und hat bislang keine Position formuliert. Mit unserem Antrag „Das Risiko von Altersarmut durch veränderte rentenrechtliche Bewertungen von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit und der Niedriglohn-Beschäftigung bekämpfen“ bekräftigen wir die bereits in unserem Wahlprogramm beschlossenen Forderungen zur rentenrechtlichen Verbesserung. Wir fordern darin die Regierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit besser bewertet werden sollen, wenn beim Rentenzugang des oder der Versicherten nicht mindestens 30 Entgeltpunkte

vorhanden sind und die Rente nach Mindestentgeltpunkten für Beitragszeiten bis zum 1. Januar 2011 fortzuführen ist. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, die „Überprüfungsklausel“ zur Anhebung der Regelaltersgrenze ernst zu nehmen und dabei die besondere Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen zu berücksichtigen.

Berufliche Bildung als Garant zur Sicherung der Teilhabechancen junger Menschen und des Fachkräftebedarfs von morgen stärken

Das Angebot an Ausbildungsplätzen in Deutschland ist weiterhin unzureichend. Es fehlen mindestens 340.000 Ausbildungsplätze. Die Statistik der Bundesagentur ist unzureichend und erfasst die Nachfrage unvollständig; unterrepräsentiert sind die Altbewerber und die jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss sowie die vielen jungen Menschen, die in das „Übergangssystem“ und in „Warteschleifen“ geraten. Daher ist eine aktive Ausbildungsmarktpolitik unverzichtbar. Wir fordern die Stärkung der Ausbildungsmaßnahmen des Bundes (u. a. Entfristung Ausbildungsbonus, Ausweitung Ausbildungsprogramm Ost auf alte Länder, Erhalt Ausbildungs-Sonderprogramm der BA, Ausbau der schul- und ausbildungsbegleitenden Unterstützung durch Bildungsbegleiter, Paten oder Lotsen). Ferner setzen wir uns für die Einführung eines Rechtsanspruchs auf eine berufsbegleitende Ausbildung sowie Teilzeitausbildung ein, um die Vereinbarkeit von Familie sowie Erwerbstätigkeit und einer qualifizierenden Ausbildung zu stärken. Weiterhin wollen wir u. a. die Einführung einer Berufsausbildungsgarantie für Jugendliche ab 20 Jahren ohne Berufsabschluss.

Verordnungsermächtigung in § 43 Absatz 2 Berufsbildungsgesetz entfristen

Ziel des Antrages ist die Sicherung eines länderübergreifend einheitlichen Zugangs von außerbetrieblichen Ausbildungsgängen zur Kammerprüfung. Damit soll zur Sicherung des dringend benötigten Fachkräfteangebots beigetragen werden. Mit dem Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) ist 2005 im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) die Zulassung zur Kammerprüfung erweitert worden. Demnach ist nach § 43 Absatz 2 BBiG ebenfalls zur Prüfung zuzulassen, wer in

einer berufsbildenden Schule oder sonstigen Berufsbildungseinrichtung ausgebildet worden ist. In Satz 3 und 4 werden die Länder ermächtigt, über Rechtsverordnungen festzulegen, welche vollzeitschulischen Bildungsgänge einer Ausbildung nach dem BBiG in diesem Sinne entsprechen. Diese Verordnungsermächtigung wurde bis zum 1. August 2011 befristet. In der Praxis hat sich allerdings gezeigt, dass diese Möglichkeit in den Ländern bisher nur unzureichend genutzt wurde. Dieser insbesondere für die vollzeitschulische Ausbildung uneinheitliche Regelungszustand ist unbefriedigend. Um eine föderale Zersplitterung zu vermeiden, ist eine Entfristung der Verordnung eine sachgerechte Lösung.

Maklerkosten gerecht verteilen

Wir fordern mit unserem Antrag, dass die Kosten, die bei der Vermittlung von Wohnimmobilien durch Makler entstehen, von Vermietern und Mietern bzw. Verkäufern und Käufern zu gleichen Teilen getragen werden. Der Immobilienmakler wird in der Regel vom Vermieter bzw. Eigentümer der Wohnimmobilie mit der Vermittlung beauftragt, die Maklercourtage trägt jedoch fast ausnahmslos der Mieter bzw. Käufer. In großen Städten erfolgt die Vermittlung von Mietwohnungen sogar hauptsächlich über Makler, obwohl dies insbesondere bei Wohnhäusern mit Hausverwaltung häufig nicht erforderlich wäre. Die Hemmschwelle des Vermieters, einen Makler mit der Vermittlung einer Mietwohnung zu beauftragen, ist aufgrund der geltenden Kostentragungspflicht des Mieters sehr niedrig. Bei der erfolgreichen Vermittlung einer Mietwohnung darf der Makler gemäß § 3 Wohnraumvermittlungsgesetz zwei Nettomieten zuzüglich Umsatzsteuer verlangen. Die Höhe der Provision bei Kaufimmobilien ist gesetzlich nicht geregelt. Sie liegt regional unterschiedlich zwischen drei und sieben Prozent des Kaufpreises zuzüglich Mehrwertsteuer. Angesichts der hohen Vermittlungskosten und aufgrund der Tatsache, dass der Makler auch im Interesse des Vermieters bzw. Verkäufers tätig ist, fordern wir, dass die Bundesregierung einen Regelungsvorschlag formuliert, der gewährleistet, dass die Kosten zwischen Vermieter und Mieter von Mietwohnungen sowie Verkäufer und Käufer von Wohneigentum gerecht geteilt werden.

Kinderrechte stärken – Vorbehalt zur UN-Kinderrechtskonvention zurücknehmen

Zum 20. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention fordern wir die Rücknahme der deutschen Vorbehaltserklärung. Es wird Zeit, dass Kinderrechte in Deutschland vorbehaltlos umgesetzt werden. Die Kinderrechtskonvention enthält wesentliche Rechte zum Schutz, zur Förderung und zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. In Deutschland gilt die UN-Kinderrechtskonvention aber nach wie vor nur eingeschränkt: Schwarz-Gelb hat 1992 eine Vorbehaltserklärung abgegeben. Seit Jahren fordern wir die Rücknahme der Vorbehaltserklärung. Mehrfach hat der Deutsche Bundestag entsprechend entschieden, scheiterte aber an der Ablehnung der unionsgeführten Länder. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Union die Rücknahme in Bund und Ländern abgewehrt.

Durch das Festhalten an der Erklärung leidet die kinderpolitische Glaubwürdigkeit Deutschlands. Problematisch ist in der Praxis besonders die Behandlung von minderjährigen Flüchtlingen zwischen 16 und 18 Jahren, die Kinder im Sinne der Konvention sind, aber im deutschen Asylverfahren wie Erwachsene behandelt werden. Für sie gilt die Kinderrechtskonvention oft nicht: Sie werden nicht kindgerecht untergebracht, bekommen keine kindgerechten Verfahren und erhalten oftmals keine Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht. Wir fordern, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, als Kinder im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention behandelt werden und denselben Schutz wie deutsche Kinder genießen.

Bekämpfung von Krankheiten in Entwicklungsländern

Armutbedingte, vernachlässigte Krankheiten sind immer noch mitverantwortlich dafür, dass die Lebenserwartung in den Entwicklungsländern bis zu 30 Jahre unter der in Industriestaaten liegt. Jahr für Jahr sterben Millionen Menschen an Krankheiten, die vermeidbar oder behandelbar wären. Wer in Armut lebt, hat keinen Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung, die neben der heilenden Behandlung von Erkrankungen auch vorbeugende und gesundheitsförderliche Elemente umfasst. Die Anstrengungen, vor allem die Ausbreitung von

Infektionskrankheiten durch Aufklärung, Prävention oder bedarfsgerecht verfügbaren Impfstoffen einzuschränken, sind noch immer unzureichend.

Zu den acht Millenniumsentwicklungszielen, auf die sich die Weltgemeinschaft im Jahr 2000 einigte, gehören die Bekämpfung von Kinder- und Müttersterblichkeit sowie die Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) spielt dabei eine entscheidende Rolle. Wir fordern mit unserem Antrag „Deutschlands Verantwortung für die Gesundheit in Entwicklungsländern - Vernachlässigte Krankheiten bekämpfen, Kinder- und Müttersterblichkeit verringern und Globalen Fonds stärken“ die Bundesregierung dazu auf, dem Globalen Fonds für seine Arbeit und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele ausreichend und verlässlich Mittel zur Verfügung zu stellen, die Forschung und den Aufbau von Gesundheitssystemen zu fördern sowie den Genderaspekt zu berücksichtigen. Entwicklungsländer, die Partner der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind, sollen mindestens 15 Prozent ihres Haushaltsbudgets für das Gesundheitswesen einsetzen.

Für freie Wahlen in Birma

Die nahenden Wahlen in Birma (offizieller Landesname Myanmar) sind für uns ein Anlass, um auf die extrem schwierige politische, menschenrechtliche und wirtschaftliche Lage im Land aufmerksam zu machen und Verbesserungen einzufordern. Nach 20 Jahren finden erstmals wieder Wahlen in Birma statt. Gewählt werden die Mitglieder des nationalen Parlaments sowie der Regionalparlamente. Derzeit verfügt Birma über kein Parlament. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass es keine freien und fairen Wahlen sein werden. Birma ist fest in der Hand einer Militärjunta, die das Land heruntergewirtschaftet hat, sich an den großen Rohstoffvorkommen bereichert und systematisch die Menschenrechte verletzt. Die Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi steht unter Hausarrest. Politische Gefangene, buddhistische Mönche und viele Angehörige ethnischer Gruppen dürfen nicht wählen. Die wichtigsten Handelspartner China, Indien und Russland und die Regionalorganisation ASEAN, deren Mitglied Birma ist, sind aufgefordert, ihren Einfluss geltend zu machen, um das politische System zu öffnen und die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Die EU hat Sanktionen gegen

Birma verhängt. Dennoch sollte der Dialog aufrechterhalten bleiben. Hierfür bieten sich insbesondere die EU-Asien-Treffen und die EU-ASEAN-Dialoge an.

Herausforderung Klimawandel – Landwirtschaft 2050

Die Landwirtschaft ist beim Klimawandel Opfer und Täter zugleich. Sie ist Ursache und Teil der Lösung. Wir wollen die Landwirtschaft unterstützen, sich auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen und die Grundlagen für eine nachhaltige klimafreundliche Landwirtschaft zu schaffen. Die selbstgesteckten Ziele in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hinsichtlich der Begrenzung des Stickstoffüberschusses werden deutlich verfehlt. Der Grünlandumbruch nimmt wieder zu. Extensive Bewirtschaftungsmethoden geraten zunehmend unter Druck. Es ist notwendig, die Anforderungen an die Landwirtschaft klar zu formulieren, die zur Reduktion der klimarelevanten Emissionen führen und die Land- und Forstwirtschaft bei der Anpassungsfähigkeit an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Deshalb fordern wir neben einem Sofortprogramm, das die größten Treibhausgasquellen der Landwirtschaft schließt, eine umfassende Minimierungsstrategie. Nachhaltige Erzeugung muss Hand in Hand mit einem nachhaltigen Konsum gehen, der faire Erzeugerpreise generiert. Daher ist die Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wichtig, wie die Erarbeitung einer Grundlage, um der Land- und Forstwirtschaft die Bereitstellung von gesellschaftlich gewünschten Leistungen auf einer nachvollziehbaren, verständlichen Basis vergüten zu können.

Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats zu Fragen der Ethik (Ethikbeirat)

Die rasante Entwicklung in Naturwissenschaften und Medizin wirft immer wieder neue ethische Fragen auf, die nur auf der Grundlage eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Diskurses beantwortet werden können. In den vergangenen drei Wahlperioden hatte der Deutsche Bundestag stets Ethikberatungsgremien eingesetzt. Diese haben sachkompetent Diskussionen gebündelt und parlamentarische Entscheidungen vorbereitet. Wir wollen auch in der 17. Legislaturperiode einen Parlamentarischen Beirat zu Fragen der Ethik einsetzen. Für eine erneute Einsetzung haben sich neben dem Präsidenten des Deutschen

Bundestages auch der Präsident der Bundesärztekammer, sowie Mitglieder des Deutschen Ethikrates und Vertreter der Kirchen ausgesprochen. 145 Abgeordnete der SPD, 65 von Bündnis 90/Die Grünen, 29 der Linken sowie zwei FDP-Abgeordnete haben den Gruppenantrag unterzeichnet. Somit haben sich 241 Abgeordnete für einen Ethikbeirat ausgesprochen; nur Vertreter von CDU/CSU lehnen ausdrücklich einen Ethikbeirat ab. Mit 241 Unterschriften ist dieser Antrag der "unterschriftenstärkste" Gruppenantrag in der Geschichte des Bundestages (Stand 23.06.2010).

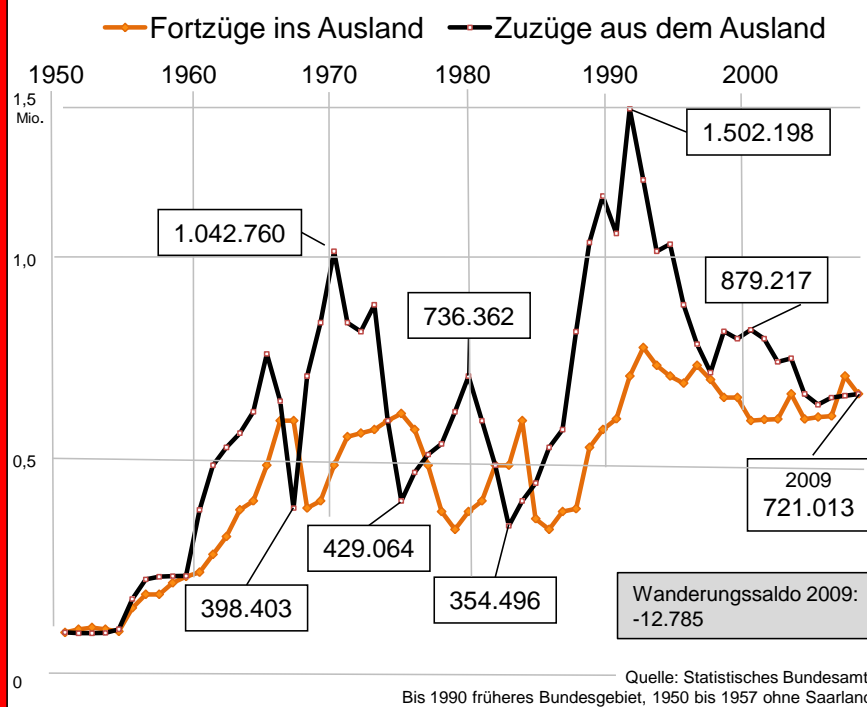
Freiheit für Gilad Shalit

In einem gemeinsamen Antrag fordern wir mit den Fraktionen CDU/CSU, FDP und Bündnis90/Die Grünen die Freilassung des jungen, israelischen Soldaten Gilad Shalit. Bei einem Angriff der Hamas und zwei weiterer militanter Palästinensergruppen am 25. Juni 2006 auf einen Posten der israelischen Streitkräfte wurde der junge Feldwebel Gilad Shalit, damals 19 Jahre alt, verletzt und entführt. Seit nunmehr über vier Jahren hält die Hamas Gilad Shalit gefangen und verweigert den Zugang des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und auch jegliche Kontakte zu Verwandten. Die Fraktionen verurteilen die Entführung und fordern den Zugang des Roten Kreuzes und die medizinische Versorgung von Gilad Shalit.

III. Grafiken

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Deutschland ist ein Auswanderungsland



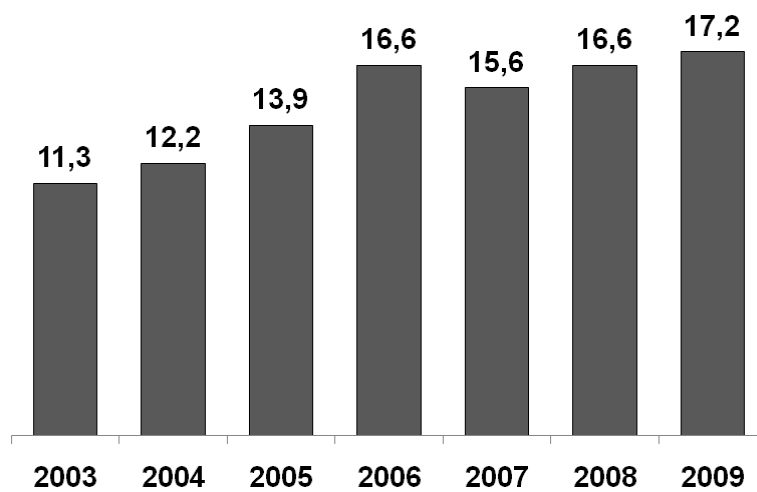
„Deutschland ist kein Einwanderungsland“, behauptet die CSU. Und tatsächlich: Im Jahr 2009 verließen 733.798 Menschen das Land. Der Saldo von Zuzügen und Fortzügen lag bei minus 12.785. Die Zahl der Auswanderungen steigt kontinuierlich an. Die meisten Auswanderer gehen nach Polen (123.000), Rumänien (44.000), in die Türkei (40.000), die USA (36.000) und die Schweiz (30.000). Horst Seehofer will Einwanderer aus der Türkei fernhalten. Dabei gehen längst mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei als aus der Türkei nach Deutschland kommen. Als Auswanderungsland hat Deutschland keine Zukunft. Das Land braucht qualifizierte Einwanderung und internationale Vernetzung. Was wir nicht brauchen ist Populismus, Kulturdünkel und Ressentiments.

© Planungsgruppe

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Einwanderer sind Unternehmensgründer

Anteil der Ausländer an Firmen-Neugründungen in Deutschland, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIHK

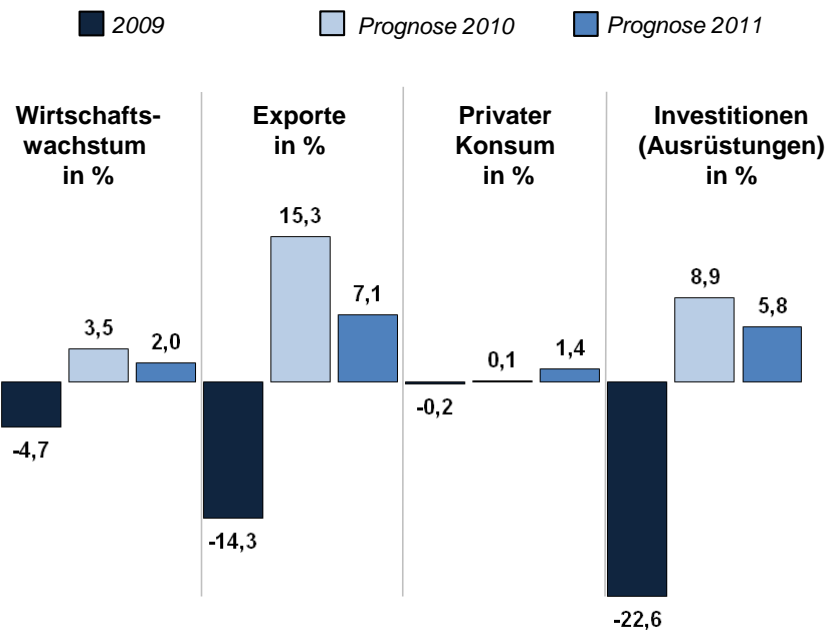
„Einwanderer sind ohne Wert für unsere Wirtschaft und leben auf Kosten des Sozialstaates“, lautet ein ausländerfeindliches Stereotyp, das auch von vielen Politikern aus CDU/CSU wiederholt wird. Tatsache ist, dass Ausländer einen immer größeren Anteil der Unternehmensgründer in Deutschland ausmachen. Sie gehen ins Risiko, wagen etwas, zahlen Steuern und schaffen Arbeitsplätze auch für viele Deutsche. Deutschland braucht solche Gründer. Was wir nicht brauchen, ist konservative Schwarzmalerei und Heuchelei in der Integrationsdebatte. Integrationsverweigerer gibt es auch in den Reihen von CDU und CSU: Sie verweigern denen, die zu uns gekommen sind und viel beitragen, die Integration in unser Land.

© Planungsgruppe

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Aufschwung 2010 – Chance und Risiko

Aus dem Herbstgutachten führender Wirtschaftsforschungsinstitute



Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Der Aufschwung 2010 ist das Ergebnis von zehn Jahren Reformpolitik und Anti-Krisen-Maßnahmen 2008/9. Er zeigt, dass vor allem die Sozialpartner in den vergangenen Jahren viel richtig gemacht haben. Das Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute prognostiziert für 2010 ein Wachstum von 3,5 %. Die Zahl der Erwerbslosen könnte unter drei Millionen und damit auf den tiefsten Stand seit 1992 sinken. Jetzt ist die Chance für eine Vollbeschäftigungsstrategie da. Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und bessere Löhne verbreitern den Aufschwung. Doch Schwarz-Gelb ist ohne Orientierung. Arbeitsvermittlung und Investitionen werden gestrichen. So bleibt die Abhängigkeit vom Export mit dem Risiko einer Rezession in den USA, einer platzenden Immobilienblase in China und neuen Euro-Krisen ausgesetzt.

© Planungsgruppe